

Sehr geehrte Frau Vornehm-Berger, sehr geehrte Mitglieder,

vielen Dank für Ihre Anfrage! Die anti-israelischen, antisemitischen Ausschreitungen im Mai dieses Jahres haben mich erschreckt und erschüttert. Es ist leider nicht das erste Mal, dass dies passiert ist. Ich habe selbst an der Mahnwache vor der Bonner Synagoge teilgenommen und bin froh, dass Polizei und Strafverfolgungsbehörden schnell reagiert haben. Ich erinnere mich aber auch noch gut an den Vorfall im Bonner Hofgarten, als ein israelischer Gastprofessor von einem jungen Mann angegriffen wurde und wir diese Konsequenz vermissen mussten.

Israelbezogener Antisemitismus ist eine moderne Form des Antisemitismus, aber auch die Demonstrationen verschiedener Gruppierungen gegen eine verlässliche Bekämpfung der Corona-Pandemie haben gezeigt, wie verbreitet antijüdische, antisemitische, antiisraelische Positionen sind. Wir müssen noch deutlich stärker als bisher all diese An- und Übergriffe ernst nehmen und ihnen nachgehen. Bagatellisierungen sind nicht hinnehmbar.

Ergänzend brauchen wir eine intensive und kontinuierliche Aufklärungs- und Bildungsarbeit. Der gemeinsame Beschluss von Zentralrat der Juden und KMK vom Juni 2021 zur Bekämpfung des Antisemitismus ist eine gute Grundlage, aber er muss auch in den Ministerien, in den Lehrplänen, in der Fortbildung und durch den Aufbau von Meldestellen analog zu RIAS in Berlin umgesetzt werden. Auf Bundesebene kann das Programm „Demokratie leben“ dazu beitragen.

Ich darf Ihnen versichern, dass ich alles dafür tun werde, dass die nächste grüne Bundestagsfraktion so wie auch die jetzige an der Seite der Jüdinnen und Juden in Deutschland und gemeinsam mit zivilgesellschaftlichen Organisationen von der Amadeu-Antonio-Stiftung bis zum Zentralrat der Juden dafür kämpfen wird, dass Antisemitismus, in welcher Form auch immer, geächtet und verfolgt wird und die Existenz und demokratische Fortentwicklung des Staates Israel unterstützen wird.

## FRAGEN AN DIE WAHLKREISKANDIDATEN ZUR WAHL DES 20. DEUTSCHEN BUNDESTAGES

1.) Was bedeutet für Sie das Bekenntnis der Bundesregierung vor der israelischen Knesset, die Sicherheit Israels sei deutsche Staatsraison?

Bündnis 90/Die Grünen unterstützen dieses Statement der Bundeskanzlerin Angela Merkel, das sich fast wörtlich in unserem Programm zur diesjährigen Bundestagswahl wiederfindet. Das Grundsatzprogramm formuliert außerdem: „Die Existenz und die Sicherheit Israels als nationale Heimstätte des jüdischen Volkes mit gleichen Rechten für all seine Bürger\*innen sind unverhandelbar.“

Außen- und sicherheitspolitisch bedeutet dies, dass die Zusammenarbeit zwischen Deutschland beziehungsweise der Europäischen Union und Israel auf

diplomatischem, kulturellem, wissenschaftlichen und militärischem Gebiet fortgeführt und intensiviert werden muss.

Ein wichtiger Punkt ist die von unserer derzeitigen Bundesregierung angestoßene Initiative, der Anzahl anti-israelischer Resolutionen in der UN-Vollversammlung entgegenzutreten. Dazu gehört auch die Auseinandersetzung mit der Frage, wie unter den gegebenen Bedingungen glaubwürdig für eine Zwei-Staaten-Regelung des israelisch-palästinensischen Konflikts eingetreten werden kann.

Für mich als Direktkandidatin für Bonn bedeutet dies aber insbesondere, auch hier in Bonn allen Stimmen entschieden entgegenzutreten, die das Existenzrecht Israels in Zweifel zu ziehen versuchen, die einer Relativierung der Shoah das Wort reden oder antisemitisch handeln.

2.) Was werden Sie im Deutschen Bundestag unternehmen, damit die HAMAS, die in der EU als Terrororganisation eingestuft ist, in Deutschland verboten wird?

Unter dem Titel „Jüdisches Leben in Deutschland sichtbar machen, stärken und schützen“ hat die Bundestagsfraktion von Bündnis 90/Die Grünen am 2.7.2021 die Bundesregierung zu einem Bündel von Maßnahmen aufgefordert. Dazu zählt unter Punkt 14 die Aufforderung „unverzüglich ein Betätigungsverbot für die Hamas und ihre Unterstützer und Vorfeld- und Tarnorganisationen zu erlassen“.

Diese Forderung auch gegenüber der zukünftigen Bundesregierung zu bekräftigen, sehe ich als meine Aufgabe an.

3.) Werden Sie sich im Deutschen Bundestag dafür einsetzen, dass die Muslimbruderschaft (MB) mit ihrem Verein „Deutsche Muslimische Gemeinschaft e.V.“ (DMG), die bis 2018 unter dem Namen „Islamische Gemeinschaft in Deutschland e.V.“ (IGD) firmierte, in Deutschland verboten wird?

Der Umgang mit Organisationen, deren Ziele und Inhalte unserer freiheitlich-demokratischen Grundordnung widersprechen, ist ein schwieriges innenpolitisches Thema. Auf der einen Seite müssen die im Grundgesetz verankerte Religions-, Meinungs- und Koalitionsfreiheiten gewährleistet werden, auf der anderen Seiten muss sichergestellt werden, dass diese Freiheiten im Rahmen eben dieses Grundgesetzes ausgeübt werden.

Deshalb unterstütze ich eine weitere genaue Untersuchung der Strukturen, der internationalen Verbindungen, sowie der Finanzierung der DMG. Eine weitere Beobachtung vom Verfassungsschutz ist dringend angeraten. Verfassungsfeindliche Betätigung muss unterbunden werden. Nicht zuletzt ist es unabdingbar, die jungen Menschen zu erreichen. Programme wie das unter der damaligen rot-grünen Landesregierung in Nordrhein-Westfalen eingerichtete Programm „Wegweiser“

leisten wichtige Arbeit. Wir brauchen aber auch den ständigen Dialog mit den muslimischen Organisationen.

4.) Werden Sie angesichts der jüngsten Erfahrungen mit dem iranischen Regime, das den Atomvertrag JCPoA bricht und seinen Vernichtungsantisemitismus wiederholt durch vielfältiges Terrorsponsoring umsetzt, darauf hinwirken, dass die bisher offenbar zu wohlwollende Politik Deutschlands gegenüber diesem Regime verschärft wird?

Die bereits erwähnte Feststellung, dass die Sicherheit Israels deutsche Staatsraison sei, gebietet, die Drohungen des Irans ernst zu nehmen, eine nukleare Bewaffnung dauerhaft zu verhindern sowie die Unterstützung terroristischer Organisationen zu unterbinden. Hinsichtlich der Gefahr einer nuklearen Bewaffnung war der JCPoA ein wichtiges Abkommen, dass die USA unter der Trump-Administration bedauerlicherweise verlassen haben. Die Neuverhandlungen darüber sind notwendig, auch wenn dieses Abkommen nicht auf alle problematischen Aspekte Antwort geben kann.

5.) Werden Sie sich im Deutschen Bundestag dafür einsetzen, dass das Islamische Zentrum Hamburg (IZH) verboten wird?

Die vom Hamburger Verfassungsschutz kürzlich veröffentlichten Indizien gegen das IZH wiegen schwer. Sollten sich die Beweise erhärten, werde ich mich selbstverständlich für entsprechende Maßnahmen einsetzen.

6.) Wie werden Sie im Deutschen Bundestag darauf hinwirken, dass gegenüber dem iranischen Regime angesichts der bis zu 60 % hohen Anreicherung von Uran bei den erneuerten JCPoA-Verhandlungen Konsequenzen gezogen werden?

Die Erhöhung der Urananreicherung seitens des Irans ist ungeachtet der Geschichte des JCPoA nicht hinnehmbar, und es muss Ziel der Verhandlungen sein, die entsprechenden Anlagen wieder zurückzubauen.

7.) Die Stadt Bonn pflegt seit vielen Jahren freundschaftliche Beziehungen zu der Stadt Tel Aviv-Jafo. Wie würden Sie sich - in Absprache mit der Stadt Bonn - einbringen, um diese Freundschaft zu befördern und zu vertiefen?

Eine Förderung und Vertiefung freundschaftlicher Beziehungen zwischen der Stadt Bonn und der Stadt Tel Aviv-Jafo ist aus meiner Sicht wünschenswert. Die konkrete Ausgestaltung obliegt jedoch der Stadt und ihren Vertreter\*innen im Stadtrat. Diese würde ich selbstverständlich unterstützen. Z. B. wäre es denkbar die Deutsch-Israelischen Austauschprogramme auszubauen und mit Fördermittel zu unterstützen. Besonders bedeutend ist hierbei in meinen Augen der Jugendaustausch. Anregend könnte auch ein Austausch mit der Stadt Köln sein, die eine Städtepartnerschaft

sowohl mit der israelischen Stadt Tel Aviv-Jafo wie mit der palästinensischen Stadt Bethlehem hat.

8.) Welche Initiativen würden Sie ergreifen, damit die an die palästinensische Autonomiebehörde gezahlten Steuergelder nicht mehr dafür missbraucht werden, Kinder in Schulen mit terroristischen Rollenvorbildern (wie zum Beispiel der verherrlichenden Abbildung der Terroristin Dalal Mougrabi in einem Schulbuch) antisemitisch, menschenverachtend und Terror verherrlichend zu erziehen?

Ich befürworte ein Monitoring der Mittel, die in die palästinensischen Gebiete fließen, wie dies u.a. mein Parteikollege Sven-Christian Kindler MdB wiederholt gefordert hat. Darüber hinaus unterstütze ich eine Prüfung, welche Ziele staatliche und nicht-staatliche Organisationen, die mit deutschen Steuergeldern in den palästinensischen Gebieten aktiv sind, verfolgen.

9.) Welche Initiativen werden Sie in den Deutschen Bundestag einbringen, damit die Palästinensische Autonomiebehörde und die PLO nicht mehr Terroranschläge gegen Juden mit monatlichen Terror-/ Märtyrerrenten honorieren?

Die von Ihnen erwähnte Praxis der sogenannten Märtyrerrenten steht Bemühungen für eine friedliche Lösung des israelisch-palästinensischen Konflikts entgegen. Diese Praxis muss ein Ende haben. Ein einheitliches europäisches Vorgehen ist anzustreben.

Mit freundlichen Grüßen

Katrin Uhlig